

Das Schreckgespenst Steuererhöhung

Gemeinden sitzen Zahlenspielerien der Gegner der Unternehmenssteuerreform III auf

BaZ 19.1.17



Wichtig für den Arbeitsplatz. Die Industriebezirke im Baselbiet (Bild: die Hardstrasse in Pratteln) würden profitieren, sagen die Befürworter der USR III. Foto Florian Bärtschiger

Von Aaron Agnolazza

Liestal. Genau einen Monat vor der eidgenössischen Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform (USR) III setzte der Muttenzer Gemeinderat vergangene Woche zum Rundumschlag gegen die Vorlage an. «Bei einer Annahme der USR III gehen wir für Muttenz ab 2024 von jährlichen Steuerausfällen von 2,9 Millionen Franken gegenüber heute aus», liess sich Alain Bai, FDP-Gemeinderat und Vorsteher des Finanzdepartements, zitieren. Zwar könnten einige Fragen «nicht abschliessend» beantwortet werden, doch werde die Gemeinde Muttenz von «erheblichen Steuerausfällen nicht verschont bleiben», so Bai weiter.

Im nächsten Absatz malte dann CVP-Gemeindepräsident Peter Vogt das Schreckgespenst an die Wand, vor dem die Gegner der USR III derzeit landauf landab warnen: das der Steuererhöhung bei den natürlichen Personen. «Wegen der bereits angespannten Finanzlage und Sparmassnahmen werden wir für die Schliessung der Lücken wohl nicht um eine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen und einen spürbaren Leistungsabbau herumkommen», drohte Vogt den Muttenzer Steuerzahlern indirekt – in der Medienmitteilung selbst war hingegen von «weiteren Entscheidungsgrundlagen» die Rede.

Diese lieferte die *Basellandschaftliche Zeitung* einen Tag darauf gleich für den ganzen Kanton miteiner Karte sämtlicher Gemeinden und den fiskali-

schen Auswirkungen bei einer Annahme der USR III. Darin zeigte sich, dass nicht nur Muttenz, sondern auch Pratteln bluten müsste, und zwar mit Steuerausfällen von 5,8 Millionen Franken ab 2024, was wiederum eine Steuererhöhung um einen Fünftel für die natürlichen Personen bedeuten würde.

Vorwurf der Angstmacherei

So weit, so bedrohlich. Doch den Haken an der ganzen Geschichte lieferte die *Basellandschaftliche Zeitung* gleich selbst mit: «Die Berechnungen stammen von der nationalen USR-III-Nein-Kampagne», was wiederum den Prattler Gemeindepräsidenten Stephan Burgunder (FDP) auf den Plan rief.

«Reine Angstmacherei», kommentierte Burgunder dieses Szenario gegenüber der *Basellandschaftlichen Zeitung*. Die Zahlen seien völlig falsch, zudem würden die Gegner der USR III einen entscheidenden Fehler machen, indem sie den Finanzausgleich nicht berücksichtigten. In diesen müsste Pratteln bei derart hohen Steuerausfällen nämlich deutlich weniger einbezahlen. Burgunder übte sich in Zweckoptimismus und meinte: «Wir müssten die Steuern also nie und nimmer derart erhöhen – falls wir sie überhaupt erhöhen müssen.»

Angesichts der Zahlenspielerien rund um die möglichen Steuerausfälle für die Gemeinden scheint nun auch Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) drei Wochen vor dem Abstimmungssonntag in Aktionismus zu verfallen. Für heute Morgen hat Lauber zu einer

kurzfristigen Medienkonferenz ins Kulturhotel Guggenheim in Liestal geladen. Das Thema: «USR III und Auswirkungen auf die Baselbieter Gemeinden». Der Finanzdirektor hat die eigenen optimistischen Berechnungen zu verteidigen, nachdem ihm die SP vorgeworfen hatte, auf den Spuren von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz zu wandeln, der seinerzeit für die USR II verantwortlich zeichnete.

Wem sollen die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nun glauben? Denjenigen Gemeinderäten, die kurioserweise wie Peter Vogt und Alain Bai aus dem bürgerlichen Lager stammen oder doch Bais Parteikollege Stephan Burgunder, der die Auswirkungen der Steuerreform kleinredet?

Die Wahrheit dürfte wohl irgendwo in der Mitte liegen, denn die Positionen in Sachen USR III verlaufen nicht wie gewohnt entlang der Parteigrenzen und politischen Lager, wie das Beispiel von Urs Hintermann, Gemeindepräsident von Reinach, zeigt: Der SP-Politiker spricht im Gegensatz zu seiner Partei weder von «Milliarden-Bschiss» noch von «Steuergeschenken an Grosskonzerne».

Hintermann sieht die USR III relativ nüchtern und sagt: «Es kann niemand die Auswirkungen der USR III auf die Steuereinnahmen auch nur annäherungsweise berechnen. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft, und damit letztendlich auf das Steueraufkommen, sind wahrscheinlich ohne USR III dramatischer als mit dieser Reform.» Zudem

seien die prognostizierten Steuerausfälle laut Hintermann nicht eine zwingende Folge der Abstimmung vom 12. Februar, sondern der späteren kantonalen Umsetzung.

Hohe Verwaltungskosten

Diese dürfte denn auch entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg der Reform sein: Gelingt es dem Kanton, wie von Finanzdirektor Lauber prognostiziert, dank tieferer Steuern mehr Unternehmen in den Kanton zu holen, dann dürften die Steuerausfälle verkraftbar sein. Gelingt dies dagegen nicht, müssen sich die betroffenen Gemeinden warm anziehen. Dass diese Steuerausfälle dann jedoch nur über Steuererhöhungen bei den natürlichen Personen kompensiert werden sollen, ist nur ein Lösungsansatz.

Denn die Baselbieter Verwaltung, inklusive jener der Gemeinden, würde entsprechendes Sparpotenzial bergen: So zeigt eine 2016 veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts BAK Basel, dass die Verwaltungskosten im Kanton Baselland zu den höchsten der Schweiz gehören. Nur zwei Kantone haben höhere Nettoausgaben pro Einwohner für die Verwaltung als der Kanton Baselland inklusive seiner Gemeinden; rund 900 Franken pro Jahr und Einwohner werden aufwendet. Der Schweizer Durchschnitt beträgt hingegen knapp mehr als 600 Franken, und im Nachbarkanton Aargau kostet die Verwaltung pro Einwohner und Jahr gar weniger als 400 Franken.